

WIR WOLLEN DIE SPIELE!



Berlin ist reif für Olympia. Einer aktuellen Forsa-Umfrage zufolge sprechen sich 55 Prozent der Berlinerinnen und Berliner für Olympische Spiele in der Hauptstadt aus. Die Abgeordnete Karin Halsch hat gute Argumente für die Spiele – Seite 4. | Foto: Marcel Gäding

EDITORIAL

Liebe Leserin,
lieber Leser,

durch die solide Finanzpolitik des sozialdemokratisch geführten Senats konnte Berlin 2014 einen Haushaltsüberschuss von fast 1 Milliarde Euro erwirtschaften. Eine Hälfte wird zum Abbau der Schulden genutzt, die andere Hälfte wird investiert. So kann z.B. das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm auf 200 Millionen Euro aufgestockt werden. Davon profitiert auch Lichtenberg. Denn, obwohl bereits seit Längerem der Großteil der bezirklichen Investitionsmittel in die Sanierung der Schulstandorte fließt, konnten in den letzten Jahren noch nicht alle Schulen saniert werden. Auch für die Schaffung zusätzlicher Schulplätze, die im Bezirk benötigt werden, sind die zusätzlichen Mittel eine große Hilfe. Andere Bereiche wie z.B. der Sport und die Gesundheitsversorgung werden gleichfalls profitieren und für die BVG können Mittel zum Kauf weiterer U-Bahn-Züge zur Verfügung gestellt werden.

Auch auf Bundesebene zeigt sich die sozialdemokratische Handschrift. Seit Januar gilt der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Tausende Menschen, die bislang nur 5 oder 6 Euro, manchmal auch noch weniger verdienen, profitieren davon. Befürchtungen, dass Jobs verloren gehen oder die Preise steigen würden, bewahrheiten sich nicht.

Die Mietpreisbremse wurde im Bundestag auf Initiative der SPD beschlossen. Maklergebühren müssen künftig von den Auftraggebern bezahlt werden. Es ist ein Unding, dass Mieter bislang bis zu drei Kaltmieten zusätzlich an Makler bezahlen müssen, obwohl der Vermieter den Makler beauftragt hat.

Zum Thema Wohnen und Mieten, aber auch zu den Bereichen Stadtentwicklung und Verkehr, Arbeit und Soziales, sowie Kultur wird die SPD Lichtenberg in den nächsten Wochen thematische Veranstaltungen organisieren, bei denen wir gemeinsam mit Ihnen über die künftige Entwicklung in unserem Bezirk in diesen Bereichen diskutieren wollen. Hierzu möchte ich Sie schon jetzt herzlich einladen. Am 18. März fand hierzu die erste erfolgreiche Veranstaltung zum Thema „Gesundheitsversorgung in der wachsenden Stadt“ statt.

Ihre Ideen, Fragen, Anregungen oder Kritik zu unserer Arbeit interessieren uns. Sprechen Sie uns an und mischen Sie sich ein, Ihre Meinung ist uns wichtig!

Herzlichst, Ihr Ole Kreins
SPD-Vorsitzender Lichtenberg

Streikrecht ohne Wenn und Aber

Die SPD diskutiert das Tarifeinheitsgesetz. Das könnte kleine Gewerkschaften benachteiligen. Von Cansel Kiziltepe, MdB.

Das Streikrecht ist ein hohes Gut in einer Demokratie. Vor allem für die Gewerkschaften ist es bis heute das schärfste Mittel im Kampf für die Belange der Beschäftigten. Nicht zuletzt deshalb sieht das Grundgesetz in Art. 9 das Recht auf Koalitionsfreiheit vor. Was kompliziert klingt, meint das Recht, sich frei einer Organisation anschließen zu können, bspw. einer Gewerkschaft der Wahl.

2010 haben der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitgeberverbände die Politik aufgefordert, eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit zu schaffen. Anlass war das Urteil des Bundesarbeitsgerichts, dass verschiedene Tarifverträge verschiedener Gewerkschaften für ein und dieselbe Beschäftigtengruppe gelten können. Diesen Zustand bezeichnet man als Tarifikollision. Ein Arbeitgeber muss in diesem Fall damit rechnen, dass ein Tarifabschluss mit einer Gewerkschaft keine Planungssicherheit für die gesamte Gruppe von Beschäftigten schafft.

Nun hat Andrea Nahles als Arbeitsministerin der Großen Koalition ein Gesetz vorgelegt, dass diesen Zustand gesetzlich regeln soll. Demnach würde im Falle einer Tarifikollision nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft angewendet, die die meisten Mitglieder im gesamten Betrieb



vertritt. Diese Regelung kommt dann zur Anwendung, wenn es den verschiedenen Gewerkschaften zuvor nicht gelungen ist, sich über Zusammenschlüsse und Reichweiten von Tarifverträgen zu einigen. In vielen Fällen geschieht das durch die Abstimmung über Zuständigkeiten, Tarifgemeinschaften oder Ergänzungen von bestehenden Tarifverträgen.

Dennoch zieht der Gesetzentwurf heftige Kritik auf sich. Im Zentrum steht dabei das Streikrecht. Kritiker argumentieren, dass es eingeschränkt wird, weil Mitglieder kleinerer Gewerkschaften keine Chance mehr haben, für einen eigenen Tarifvertrag zu kämpfen und in letzter Konsequenz dafür zu streiken. Der Vorrang für einen Tarifvertrag der größeren Gewerkschaft kommt also praktisch einem Streikverbot für die kleineren Gewerkschaften gleich. Diese Situation sehen Kritiker als einen un gerechtfertigten Eingriff in das Grund-

recht auf Koalitionsfreiheit und damit als verfassungswidrig an. Viele Juristen vertreten inzwischen diese Auffassung und erst kürzlich kam ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes ebenfalls zu diesem Ergebnis.

Ich nehme diese Bedenken sehr ernst. Aus ihrer Geschichte heraus hat die Sozialdemokratie hier eine besondere Verantwortung. Andererseits muss auch darauf geachtet werden, dass keine Beschäftigtengruppe nur aufgrund ihrer besonderen und starken Position im Betrieb (Piloten, Werksfeuerwehren, Ärzte, Lokführer und viele andere mehr) bessere Arbeitsbedingungen heraushandeln kann. Das Streikrecht hatte immer zum Ziel, bessere Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten gegen die Arbeitgeber zu erkämpfen. Es war und sollte nie zum Instrument einiger weniger werden.

In den anstehenden parlamentarischen Beratungen müssen die Bedenken umfassend geklärt und überzeugend ausgeräumt werden. Keinesfalls darf der Eindruck entstehen, dass die SPD das Streikrecht einschränkt und damit verhindert, dass Beschäftigte für bessere Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben kämpfen können. Anders ist für mich eine Zustimmung zum Gesetzentwurf nicht vorstellbar.

IN DIESER
AUSGABE:

2

Auf den Punkt: Birgit Monteiros Programm als Bürgermeisterin.

3

Auf dem Sprung: Dr. Gregor Költzsch zieht ins Abgeordnetenhaus.

4

Auf die Zukunft: Karin Halsch und die Chancen von Olympia in Berlin.



Birgit Monteiro, Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg. | Foto: Christian Paulus

Konkrete Ergebnisse statt beschriebener Papiere

Lichtenbergs Bezirksbürgermeisterin über Arbeit, Inklusion und Bürgerbeteiligung

Seit fast zwei Monaten ist Birgit Monteiro Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg. Die Vorhaben der Politikerin sind vielfältig. Für das *Lichtenberger Stadtblatt* hat die Sozialdemokratin wichtige Themen und Schwerpunkte ihrer kommunalpolitischen Arbeit erläutert:

Birgit Monteiro über die familiengerechte Kommune: In Lichtenberg leben Familien in allen Generationen, Lebensformen, geschlechtlichen Identitäten und unterschiedlichen kulturellen Lebensarten, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit und ohne Behinderung und auch Kinderlose: Sie alle tragen Verantwortung füreinander und wir tragen Verantwortung für sie – sowohl für die Neankömmlinge als auch für die Menschen, die schon lange hier leben. Der Bezirk unterzieht sich deshalb einer freiwilligen Qualitätskontrolle, dem bundesweiten Audit „Familiengerechte Kommune“. Dabei soll herausgefunden werden, was sich in Lichtenberg ganz konkret verbessern lässt. Der Familienbegriff wird aber nicht auf die klassische Eltern-Kind-Familie reduziert. Die Familienfreundlichkeit soll am Ende für alle erlebbar sein.

Birgit Monteiro wird die Bürgerbeteiligung weiterentwickeln: Menschen brauchen Räume, in denen sie sich engagieren können. In Nachbarschaftshäusern und Stadtteilzentren gibt es diese Räume und Möglichkeiten, Bezirk und Senat unterstützen deshalb finanziell deren Arbeit. Hier werden Menschen nicht unter dem Blickwinkel von Defiziten in Empfang genommen, sondern sie können ihre Stärken und Eigeninitiative einbringen. Seit vielen Jahren hat Lichtenberg wertvolle praktische Erfahrungen bei Bürgerbeteiligung, Bürgerhaushalt, Kiezfonds und mit den Kiezjurs gesammelt. Wir erreichen aber noch nicht alle Gruppen und Generationen gleichermaßen. Die Arbeit in den Kiezjurs beispielsweise ist nicht so leicht zugänglich für Menschen, die bildungsfern sind. Mit den Akteuren der sozialen Ar-

beit werden wir unsere Beteiligungsformen so weiterentwickeln, dass wir bildungsferne und erwerbslose Menschen, Kinder, Jugendliche und Familien und auch Menschen mit Behinderung besser erreichen.

Birgit Monteiro über gelebte Inklusion: Lichtenberg hat im vergangenen Jahr die berlinweit erste Inklusionswoche veranstaltet, in diesem Jahr beteiligen wir uns am Aktionstag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Aktionen wie diese helfen, Sonderstrukturen zu überwinden. Im Bezirk ist der Behindertenbeirat sehr aktiv. Seine Mitglieder sollen ein Rederecht in den Ausschüssen der BVV erhalten. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit und unseren gemeinsamen Lernprozess. Menschen mit Behinderung sind für mich nicht Ob-

jekte der Fürsorge, sondern Experten in eigener Sache. Ich möchte sie deshalb in Planungsprozesse frühzeitig einbeziehen und dadurch die Verwaltung stärker als bisher für das Thema Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen sensibilisieren. Mich interessieren konkrete Ergebnisse und nicht nur beschriebene Papiere.

So möchte Birgit Monteiro Menschen in Arbeit bringen: Die Arbeitslosenzahlen sind im Bezirk rückläufig, trotzdem werde ich mich nicht damit abfinden, dass jemand, der arbeiten möchte, keine Arbeit findet. Wir werden deshalb viele kleine Schritte gehen. So beteiligt sich Lichtenberg mit 15 Stellen am Hausmeisterassistentenprogramm des Senats. Weiterhin entwickeln wir ein Tandemmodell, bei dem Rückkehrer aus der Familienzeit ein Tandem mit Men-

schen bilden, die demnächst aus dem Beruf aussteigen. Außerdem brauchen wir kleinteilige Beschäftigungsmaßnahmen wie sie z. B. in den Stadtteilzentren bereits erprobt worden sind. Der sog. Klebeffekt, d.h. dass ein Teilnehmer an einer Maßnahme dort einen Arbeitsplatz findet, ist relativ groß. Als Wirtschaftsstadträtin werde ich das Bezirksbündnis für Wirtschaft und Arbeit reformieren und mit den Akteuren der Wirtschaft eng zusammenarbeiten, um noch mehr Lichtenbergerinnen und Lichtenberger in Arbeit zu bringen.

Flüchtlinge sind in Lichtenberg willkommen: Krieg, Verfolgung und Not haben die Geflüchteten, die wir aufnehmen, aus ihren Heimatländern vertrieben. Viele von ihnen haben alles zurückgelassen und lediglich ihr Leben retten können. Meine Mutter war 1945 ebenfalls ein Flüchtlingskind. Die traumatischen Erlebnisse der Flucht lassen sie bis heute nicht los. Und sie prägen meinen Umgang mit Flucht und Flüchtlingen. Flüchtlinge sind und bleiben in Lichtenberg willkommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltung stellen sich mit großem Engagement den sich aus der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen ergebenden Herausforderungen. Zur besseren Koordination tagt monatlich eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe. Suboptimal war bisher die Einbeziehung des Bezirkes in die diesbezüglichen Planungen des Senats. Das muss sich ändern, damit nicht Verwaltungshandeln zivilgesellschaftliches Engagement im Sinne einer lebendigen Willkommenskultur konterkariert. Besonders herzlich danke ich allen Lichtenbergerinnen und Lichtenbergern, die sich bei der Unterstützung der Flüchtlinge und für ein friedliches Miteinander engagieren. Hier kann jede und jeder einen Beitrag leisten, sei es durch Sach- oder Geldspenden, durch Unterstützung beim Deutsch lernen, durch Begleitung zu Ämtern oder Ärzten sowie durch das Ermöglichen Tierpark- oder Theaterbesuchen uvm.

Parteien setzen Zählgemeinschaft fort

Die SPD, die CDU und Bündnis 90/ Die Grünen setzen ihre 2011 begonnene Zählgemeinschaft fort. Das *Lichtenberger Stadtblatt* dokumentiert an dieser Stelle die Kernpunkte der Zusammenarbeit der drei Parteien:

Ausgeglichener Haushalt: Der Bezirk wird weiter an der „schwarzen Haushaltsnull“ festhalten und seiner Verantwortung gerecht werden. Die Zählgemeinschaft bekennt sich zum Erhalt der sozialen Infrastruktur.

Wirtschaft und Arbeit: Das Bündnis für Wirtschaft und Arbeit entsteht in enger Kooperation zwischen den Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichen Verwaltungen sowie gesellschaftlichen Organisationen.

Milieuschutz sowie Mieterinnen- und Mieterinteressen: Das Bezirksamt gibt für Lichtenberg eine Vorstudie zur Bestimmung von Milieuschutzgebieten in Auftrag. Die Wohnungsbaugesellschaften werden verstärkt aufgefordert, bei Wohnungsneubau ihren Anteil an bezahlbarem Wohnraum aufzustocken.

Inklusion: Das Thema Inklusion wird noch stärker in der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt. Hierzu gehört auch eine Aufstellung, welche Schulen bis 2018 barrierefrei ausgestattet werden können. Der Behindertenbeirat erhält ab sofort die

Möglichkeit, im Ausschuss Schule und Sport sowie in der AG Schulentwicklungsplanung mit beratender Stimme vertreten zu sein.

Sportentwicklungsplan: Die aus dem Sportentwicklungsplan resultierenden dringenden Handlungsbedarfe sollen mittels bezirklicher Investitionsplanung und weiterer Finanzierungsprogramme angegangen werden.

Kulturentwicklungsplan: Ein Gesamtkonzept soll unter Berücksichtigung aller kulturellen Einrichtungen entstehen. Auf finanzielle Ausgewogenheit zwischen den einzelnen Ortsteilen ist zu achten.

Flüchtlinge sind und bleiben willkommen: Die Partner der Zählgemeinschaft befürworten Patenschaften zu Flüchtlingsfamilien. Vermieterinnen und Vermieter sollen außerdem noch stärker für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen gewonnen werden.

Gebietsentwicklung Rummelsburger Bucht: Die Zählgemeinschaft setzt sich dafür ein, den Rummelsburger See und das Ufer unter naturfachlichen und landschaftspflegerischen Gesichtspunkten zu entwickeln, um den Zielen des Landschaftsschutzes und der Naherholung gerecht zu werden.

Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Stadtentwicklung stärken: Geplant ist, die BürgerInnenbeteiligung im Bereich Stadtentwicklung auszubauen.

Für eine bürgerfreundliche Verwaltung

Dr. Gregor Költzsch rückt für Birgit Monteiro ins Abgeordnetenhaus nach

Seit 22. Januar 2015 haben wir mit Birgit Monteiro eine neue Bezirksbürgermeisterin. Da sie mit dem Wechsel in das Rathaus Lichtenberg ihr Mandat für das Berliner Abgeordnetenhaus – dem Berliner Landesparlament – aufgeben musste, bin ich in das Abgeordnetenhaus nachgerückt und möchte mich Ihnen gerne vorstellen. Ich bin 36 Jahre alt, in Friedrichsfelde aufgewachsen, in Karlshorst zur Schule gegangen und Betriebswirt von Beruf. Mit meiner Frau und unseren drei Kindern lebe ich in Karlshorst. Seit 2011 war ich Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg und habe dort im Ausschuss für ökologische Stadtentwicklung sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit Ihre Interessen vertreten.

Mein Wahlkreis liegt ganz im Süden des Bezirkes und umfasst Friedrichsfelde Süd, Karlshorst und die Rummelsburger Bucht – drei sehr unterschiedliche Ortsteile, in denen ich jeweils viele Jahre verbracht habe. Hier konnte ich die gute Entwicklung der letzten Jahre miterleben, kenne aber auch die Herausforderungen, die es noch zu lösen gilt. In Karlshorst sind das z.B. die weitere Sanierung von Schulen, die Bereitstellung zusätzlicher Grund- und Oberschulplätze und der Neubau eines Sportplatzes, ebenso wie der Erhalt des Regionalbahnhofes. Diese Themen habe ich schon in der Bezirksverordnetenversammlung bearbeitet, und ich werde



Dr. Gregor Költzsch, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Foto: SPD

mich auch zukünftig weiter darum kümmern. An der Rummelsburger Bucht möchte ich mich für eine behutsame und gleichzeitig zukunftsgerichtete Entwicklung einsetzen. In Friedrichsfelde geht es unter anderem um den lange ersehnten Neubau des Dolgenseecenters und um den Erhalt sozialer Angebote für Familien und Jugendliche.

Im Abgeordnetenhaus möchte ich an einem Thema arbeiten, das mir besonders am Herzen liegt: Die bürgerfreundliche, dienstleistungsorientierte Verwaltung. Sie alle kennen das: Überlastete Bürgerämter, lange Wartezeiten, end-

lose Papierformulare, unverständliche Briefe in Amtsdeutsch, wochenlanges Warten auf eine Antwort auf Anfragen. Nicht alle haben die Kraft, sich durch den Ämter-Dschungel zu kämpfen, ihre Rechte und Möglichkeiten zu nutzen. Ich wünsche mir eine moderne Verwaltung, die vom Wohnzimmer aus für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar ist und die direkt in die Kieze kommt. Eine Verwaltung für Seniorinnen und Senioren, für Berufstätige und Menschen ohne Arbeit, für Jung und Alt. Moderne Ämter, die sich als Dienstleister für die Menschen in Berlin verstehen und die

personell und technisch so ausgestattet sind, dass sie das auch leisten können. Dabei geht es nicht nur um mehr Dienstleistung und Bequemlichkeit für Bürgerinnen und Bürger, sondern vor allem auch um soziale Teilhabe. Ich denke: Allen Menschen muss schnell geholfen werden, wenn sie Informationen benötigen oder Hilfe suchen. Dieses Thema ist kaum durch die Berliner Bezirke allein zu lösen. Im Abgeordnetenhaus möchte ich mich dafür einsetzen, diese Fragen in der gesamten Stadt anzugehen.

Neben der bürgerfreundlichen Verwaltung möchte ich dafür sorgen, dass die Standorte der freiwilligen und Berufsfeuerwehren in den Kiezen gesichert bleiben und für ihre Aufgaben gut ausgestattet sind. In den letzten Jahren wurden einige Standorte der Polizei geschlossen und zusammengelegt. Dadurch sind die Anfahrtswege beispielsweise nach Karlshorst deutlich länger geworden. Die Auswirkungen dieser Entwicklung möchte ich intensiv beobachten.

All diese Themen möchte ich vorbringen – direkt im Bezirk oder im Land Berlin für Lichtenberg. Ich möchte Ihre Interessen direkt im Abgeordnetenhaus vertreten. Bitte schreiben Sie und berichten mir, was Sie bewegt. Sie erreichen mich per E-Mail unter buergerbuero@gregor-koeltzsch.de oder per Post in die Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin. Ich freue mich darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen!

Kampf gegen Schrotträder

Gelber Punkt soll Radler an ihren Drahtesel erinnern

Im Jahr 2014 wurden von den bezirklichen Ordnungsämtern insgesamt 2.566 Fahrräder aus dem öffentlichen Straßenland Berlins entfernt. Es handelte sich vorwiegend um sogenannte „Schrottfahrräder“ und „Fahrradwracks“, die an Bahnhöfen und Einkaufszentren standen.

Oftmals werden diese Fahrräder anhand von Meldungen aus der Bevölkerung oder durch im Frühjahr und Herbst stattfindende Aktionen im Auftrag der Bezirke durch die Berliner Stadtreinigung (BSR) pauschal entfernt.

Aus der Schriftlichen Anfrage von MdA Ole Kreins an den Berliner Senat geht hervor, dass einige Bezirke (z.B. Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg sowie ab 2015 auch Reinickendorf) – ähnlich dem Vorgehen bei Autowracks – mit dem „Gelbpunkt-Verfahren“ arbeiten.

Ole Kreins hierzu: „Das „Gelbpunkt-Verfahren“ wahrt das Eigentumsrecht der Fahrrad-BesitzerIn, ermöglicht aber nach Fristablauf auch eine rechtlich gesicherte Entfernung.“

Nach in Augenscheinnahme durch die Außendienstkräfte der Ordnungsämter erkennbar funktionsuntüchtige Fahrräder werden drei Wochen vor dem Termin für das amtlich angeord-



Herrenlose Fahrräder sind ein Ärgernis.

Foto: Marcel Gäding

nete Entfernen gelbe Punkte an dem Fahrrad(wrack) angebracht, die die EigentümerIn auffordert, das Fahrrad bis Fristablauf zu entfernen. Andernfalls erfolgt danach im Auftrag des Ordnungsamtes die Beseitigung durch die BSR.

„Neben Hinweisen aus der Bevölkerung ist das „Gelbpunkt-Verfahren“ eine Möglichkeit, die begrenzten Fahrrad-

stellplätze im öffentlichen Raum frei zu halten von Schrottfahrrädern – weitere Bezirke sollten dieses Verfahren ebenfalls einführen – am besten im Rahmen eine breit angelegten und berlinweiten Informationskampagne zu Beginn der neuen Fahrradsaison im Frühjahr dieses Jahres“, sagt Ole Kreins abschließend.

Festakt zu 25 Jahre SDP

Die Sozialdemokraten von Lichtenberg und Hohenschönhausen haben an die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR gedacht. Im Rahmen einer Festveranstaltung trafen im Kulturhaus Karlshorst Weggefährten von einst zusammen. Der SPD-Kreisvorstand würdigte zudem die Genossinnen und Genossen für ihre Arbeit und zeichnete viele von ihnen für ihre 25-jährige Mitgliedschaft in der SPD aus. (kh.)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

SPD Lichtenberg, geschäftsführender Kreisvorstand, vertreten durch den Kreisvorsitzenden Ole Kreins (V.i.S.d.P.), die stellvertretenden Kreisvorsitzenden Karin Halsch und Teodora Gionova-Busch, die Kreiskassiererin Kathrin Söhnel und den Kreisschriftführer Marcel Gäding

REDAKTION

Marcel Gäding (Kreisschriftführer, verantwortlich & Layout), Andreas Büchner (Kreisbüro)

ANSCHRIFT REDAKTION

SPD Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Tel.: (030) 97 60 67 30, Fax: (030) 97 60 46 64 E-Mail: info@spd-lichtenberg.de

DRUCK

BVZ Berliner Zeitungsdruck
Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

AUS DEM ABGEORDNETENHAUS

Nöldnerplatz: Barrierefreier Ausbau verzögert

Die Deutsche Bahn will den barrierefreien Ausbau des S-Bahnhof Nöldnerplatz erst nach der Grundenerneuerung des Ostkreuz' im Jahr 2018 vornehmen. Das teilte der Senat auf eine Anfrage des Abgeordneten Ole Kreins mit. Damit verzögert sich die Herstellung der Barrierefreiheit weiter, denn bisher hatte die Bahn 2016 avisiert. Der S-Bahnhof Nöldnerplatz, an dem täglich 17.000 Fahrgäste ein- und aussteigen, hinkt gegenüber den anderen Bahnhöfen in Lichtenberg damit deutlich hinterher. Die U-Bahnhöfe der Linie 5 sind bspw. bereits barrierefrei. Weiterhin legt die Deutsche Bahn keinen klaren Zeitplan vor und verweist auf die Schwierigkeiten bei dem Einbau eines Fahrstuhls. Auch der Bau eines zweiten Zugangs auf der Höhe Rupprechtstraße wird momentan nicht verfolgt.

Volles Haus beim Tierpark-Dialog

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus startete ihren ersten Tierpark-Dialog: Mitte März kamen mehr als 120 interessierte Lichtenbergerinnen und Lichtenberger zu der Veranstaltung, auf der auch die Abgeordneten Dr. Gregor Költzsch, Ole Kreins und Karin Halsch ein Plädoyer für Europas größten Landschaftstiergarten hielten. SPD-Fraktions-Chef Raed Saleh sicherte dem Tierpark-Direktor Andreas Knieriem weitere finanzielle Mittel zu. Knieriem, seit April 2014 im Amt, hat bereits ein Zukunftskonzept für den 1955 eröffneten Tierpark in der Tasche. Er plant einen geographischen Zoo im Tierpark Berlin, kann sich zudem mit einem Freizeitbad auf seinem Gelände anfreunden. Berlins Bäder-Chef Ole Bested Hensing findet den Standort ideal. Benötigt würden rund vier Hektar Fläche. Raed Saleh kündigte an, den Tierpark-Dialog fortsetzen zu wollen. „Der Tierpark ist eine Perle, ein Juwel“, sagte Saleh und ertotete Applaus.

TERMINE UND BÜRGERSPRECHSTUNDEN

Karin Halsch, MdA: Bürgersprechstunden am 25. März und am 8. April von 17 bis 18 Uhr, Bürgerbüro, Am Berl 13, 13051 Berlin

Ole Kreins, MdA: Bürgersprechstunden am 23. März im Bürgerbüro und am 8. April in der Kiezspinne von 16 bis 18 Uhr, Bürgerbüro: Heinrichstr. 1, 10317 Berlin, Kiezspinne: Schluzze-Boysen-Straße 38, 10365 Berlin



Sind wir Olympia: Dennis Buchner, sportpolitischer Sprecher der Berliner SPD-Fraktion, und Karin Halsch, Vorsitzende des Sportausschusses im Abgeordnetenhaus – hier bei einer Diskussionsveranstaltung im Hotel Kolombus.

Olympia: Chance für den Sport in der Hauptstadt und im Bezirk

Berlin wird von den Olympischen und Paralympischen Spielen profitieren. *Von Karin Halsch.*

Die deutsche Hauptstadt hat an Ansehen gewonnen. Weltweit spielen wir inzwischen in einer Liga mit großen Metropolen wie London, Paris oder New York. Überall ist der Aufbruch zu spüren. Menschen ziehen hierher, Unternehmen siedeln sich an. Die Stadt wächst. Genau deshalb passen auch die Olympischen und Paralympischen Spiele zu Berlin, dieser weltoffenen Großstadt im Herzen Europas. Dieses große Sportereignis soll allen zu Gute kommen: den Sportlerinnen und Sportlern, den Berlinerinnen und Berlinern sowie den Touristinnen und Touristen. Wir haben die einmalige Chance, von Berlin aus Signale in die Welt zu setzen.

Im Gegensatz zu Hamburg bringt Berlin die besten Voraussetzungen mit, um 2024 oder 2028 die Olympischen und Paralympischen Spiele auszurichten. Wir haben ein saniertes, modernes Olympiastadion und verfügen mit Sportstätten wie der Alten Försterei, dem Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, dem Olympiastützpunkt in Hohenschönhausen, der O²-World am Ostbahnhof, der Max-Schmeling-Halle und dem Velodrom über eine solide, dezentrale Infrastruktur. In den vergangenen Jahren haben wir bewiesen, dass wir im Stande sind, sportliche Großereignisse zu meistern. Ich denke da an das Champions League-Finale, an das Internationale Stadionfest ISTAF, an das Sechs-Tage-Rennen, an die Heimspiele von Hertha BSC, den 1. FC Union, den Berlin Volleys, den Füchsen Berlin oder Alba Berlin. Ich denke an spannende Wettkämpfe der Schwimmer in der Europaschwimmhalle, an den Berlin Marathon. Und ich denke noch gerne an Höhepunkte wie die Fußball-WM

2006, die Leichtathletik-WM 2009 oder das DFB-Pokalfinale. Im Gegensatz zu anderen Olympia-Bewerbern braucht Berlin keine Milliarden investieren und befürchten – wie im Fall von Athen –, dass nach den Spielen Sportanlagen verkommen. Wir besitzen heute schon ein Netz an Sportstätten wie keine andere deutsche Stadt. Quasi als Nebeneffekt hat Berlin zudem die Chance, die für das Olympische Dorf vorgesehenen 5.000 Wohnungen nach Olympia weiter zu nutzen und den nicht enden wollenden Bedarf nach Wohnraum in der Stadt zu befriedigen.

Um es klar zu sagen: Weder ich noch die Berliner SPD halten etwas von Gigantismus. Wir möchten nachhaltige Olympische und Paralympische Spiele, bei denen die Sportlerinnen und Sportler im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit einzelner. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt in vielerlei Hinsicht von Olympia profitiert. Die bezirklichen Sportstätten könnten schneller als geplant wettkampftauglich gemacht und später von Vereinen genutzt werden. Investitionen, die womöglich erst über einen längeren Zeitraum erbracht würden, könnten in kurzer Zeit realisiert werden. Die 600.000 Sportlerinnen und Sportler in den Vereinen profitieren also maßgeblich von Olympia.

Nicht von der Hand zu weisen ist auch der wirtschaftliche Aspekt. Das Beispiel London, wo 2012 die Olympischen und Paralympischen Spiele stattfanden, beweist es uns: Dort wurden 2,5 Milliarden Pfund direkt investiert, der Umsatz stieg branchenübergreifend um 5,9 Milliarden Pfund an. Bis zum Jahr 2020 bringt Olympia der britischen Hauptstadt einen

Ertrag von geschätzten 40 Milliarden britischen Pfund (Quelle: BBC). Bereits heute ist der Sport ein wichtiger Initialzündler für die Berliner Wirtschaft: In der Sportbranche sind knapp 3.000 Unternehmen und Selbstständige tätig, in den vergangenen Jahren wurden laut Sportwirtschaftsbericht fast 20.000 Stellen geschaffen.

Olympia funktioniert in Berlin aber nur mit einer Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner. Wir sprechen uns daher für den Dialog aus, nehmen kritische Stimmen ernst. Das gesamte Verfahren der Bewerbung muss transparent erfolgen. Ich wünsche mir jedoch mehr Optimismus. Sport bringt die Menschen zusammen, egal welchen Alters oder welcher Herkunft. Sport verbindet. Das merken wir auch in der Diskussion um Olympia. Die Auseinandersetzungen um Pro und Contra sind wichtig und stehen für einen demokratischen Beteiligungsprozess. Daher haben wir von vornherein dafür geworben, dass das letzte Wort die Berlinerinnen und Berliner haben sollen. Sollte das Berliner Olympiakonzept im Wettbewerb mit Hamburg siegen, sind am Ende die Bewohnerinnen und Bewohner gefragt, ob Olympia nach Berlin kommen soll. Sie entscheiden über die Zukunft der Weltmetropole.

Die Zahlen der aktuellen Forsa-Umfrage belegen, dass in den letzten Wochen immer stärker an Rückenwind für das Projekt Olympia und Paralympics in Berlin zu spüren war: Eine klare Mehrheit der Berliner will die Spiele, und sicher werden wir auch noch viele Berlinerinnen und Berliner bis zur geplanten Abstimmung am 13. September überzeugen können.